



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

24. März 2016

Trauer in Brüssel +++ Spiel mit dem Feuer +++ Ankommensstadt? +++ AfD ante Portas +++ Hafentor 7

Liebe Leserinnen und Leser,



Belgien beweint seine Kinder ... (B. Mnich)

mit tiefer Betroffenheit und Empörung über die jüngsten Terroranschläge schauen wir auf die Ereignisse in Brüssel. Und gedenken der mindestens 34 Todesopfer und der rund 200 Verletzten. Vor diesem Hintergrund verzichten wir dieses Mal auf ein eigenes Vorwort und nehmen stattdessen ein Schreiben auf, das der Europaabgeordnete Fabio De Masi am Tag nach den Anschlägen an die Hamburger Linksfraktion richtete.

Herausgeberinnen und Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich auf diesem Wege auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die vielen persönlichen Nachrichten bedanken, die uns anlässlich der schlimmen Ereignisse in Brüssel heute erreichten. Es ist gut zu wissen, dass Ihr an uns denkt. Nach unserem bisherigen Kenntnisstand ist niemand aus unserer Fraktion mittelbar oder unmittelbar von den Anschlägen betroffen. Aber betroffen sind wir doch alle: Unsere Gedanken sind bei den Toten und Verletzten, ihren Freunden und Familien. Viele von uns nutzen den Flughafen und die Metro im Europaviertel regelmäßig, bringen ihre Kinder mit der U-Bahn zum Kindergarten oder zur Schule. Uns gehen die Ereignisse daher sehr nahe.

Die Brüsseler haben mit stoischer Gelassenheit und großer Hilfsbereitschaft reagiert. Sie haben der Stadt des großen Chansoniers und Kriegsgegners Jacques Brel eine Ehre erwiesen. Viele Menschen saßen ohne eine Bleibe in Brüssel fest und die Brüsseler öffneten ihre Türen. Sie fragten nicht, woher kommst Du, sondern was brauchst Du? Der Verkehr ist weitgehend lahmgelegt und viele von uns verlassen Brüssel über Paris oder Amsterdam.

Natürlich bleibt es nicht aus, dass die üblichen Verdächtigen den Schampus kaltstellen und nur wenige Augenblicke nach den Ereignissen ihre Tweets im Blut der Opfer absetzen. Frau von Storch etwa fühlte sich bemüßigt, ihre »Flucht« aus Brüssel zu schildern und hatte die Täter offenbar schon eigenhändig ermittelt.

Wahr ist: Die Stimmung im Parlament war gedrückt, aber ruhig. Wir saßen im geheizten und hermetisch gesicherten Gebäude, während viele Menschen schreckliche Sorgen um ihre Liebsten quälten. Es ist daher schäbig, wie einzelne Abgeordnete nach Aufmerksamkeit lechzen, während so viele unschuldige Menschen aus dem Leben gerissen wurden.

Wahr ist auch: Nach allen bisherigen Erkenntnissen sind die belgischen Sicherheitsbehörden offenbar kaum in der Lage, jenseits militärischer Präsenz auf öffentlichen Plätzen und

markiger Sprüche überforderter Politiker derartige Anschläge zu verhindern und in die terroristischen Strukturen vorzudringen. Die Drahtzieher der Pariser Zelle und womöglich auch dieser Attacken waren Belgier.

Für uns gilt, dass wir uns wie die meisten Menschen in Brüssel nach diesen Anschlägen und so kurz vor dem Osterfest nach Frieden und Sicherheit sehnen. Während die Finanzströme – etwa über das Bankensystem – zugunsten des Islamischen Staates weiter nicht ausgetrocknet sind, wird keine Bombe auf Rakka oder Mossul diesen Wahnsinn stoppen.

Umso verwerflicher ist der schäbige Deal und der Menschenhandel mit dem Terrorpaten Erdogan.

Die Linke ist in Europa nun nötiger denn je. Lasst uns in dieser schwierigen Zeit die Reihen schließen. Ich bin stolz, einer Partei anzugehören, die diesen Wahnsinn immer entschieden bekämpft hat. Ich freue mich, mit Euch weiter soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden in Europa gegen Terror, Brandstifter und Schlafwandler zu verteidigen.

Ich wünsche Euch frohe Ostern aus Brüssel,
Fabio De Masi, Europaabgeordneter der LINKEN

»Sie spielen mit dem Feuer«

Von Christiane Schneider



Unterschriftenabgabe, 2.3.2016 im Rathaus (dpa)

Seit dem letzten »BürgerInnenbrief« vom 18. Februar hat sich in Sachen Flüchtlingspolitik einiges getan:

- Die Volksinitiative »Hamburg für gute Integration« hat sich gebildet und innerhalb von nur fünf Tagen 26.000 Unterschriften, weit mehr als in diesem ersten Schritt erforderlich, unter vier Forderungen gesammelt: keine neuen Standorte mit mehr als 300 Flüchtlingen; möglichst Reduzierung der Verweildauer in der Zentralen Erstaufnahme auf zwei Monate; Mindestabstand zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen von 1.000 m Luftlinie (in Ausnahmefällen 500 m); Änderung des Verteilschlüssels zwischen den Bundesländern sowie Kooperationsvereinbarungen mit den Nachbarländern. Die Bürgerschaft hat nun vier Monate Zeit, sich zu der Volksinitiative zu verhalten. Übernimmt sie die Forderungen nicht, können die InitiatorInnen die zweite Stufe, das Volksbegehren, einleiten und nach dessen erfolgreichem Abschluss und einer weiteren Vier-Monats-Frist schließlich die dritte Stufe, den Volksentscheid. Da sie die erste Stufe außerordentlich schnell genommen haben, können sie mit dem Volksentscheid noch die Bundestagswahlen im September 2017 erreichen.
- Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben weitere, vielleicht entscheidende Schritte getan, die Festungsmauern um Europa weiter zu verstärken und die Türkei als Grenzwächter einzusetzen. Während – nein: weil – in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien verzweifelte Menschen im Schlamm auf ein Durchkommen hof-

fen und die Zahl in Griechenland strandender Geflüchteter tagtäglich steigt, sinkt die Zahl der Geflüchteten, die es nach Deutschland schaffen, spürbar.

- Hinzu kommt das Asylpaket II mit seinen schweren Angriffen auf fundamentale Rechte von Asylsuchenden. Abschiebungen nehmen absehbar dramatisch zu.
- Die AfD hat bei den Kommunalwahlen in Hessen und in drei Landtagswahlen in Ost und West einen erschreckend hohen WählerInnenzuspruch erhalten. Ihr Einfluss auf andere Parteien und auf die gesellschaftliche Debatte, insbesondere um die Flüchtlingspolitik, nimmt zu. Auch DIE LINKE verlor Stimmen in erheblicher Größenordnung, und es ist kein Geheimnis, dass der Streit um die Flüchtlingspolitik die Partei erreicht hat.

Meine tiefe Überzeugung ist, dass wir den menschen- und grundrechtsbasierten Politikansatz nicht aufgeben dürfen. In diesem Sinne habe ich am 2. März, an dem Tag, an dem die 26.000 Unterschriften überreicht wurden, in der Bürgerschaft unsere Position zur Volksinitiative »Hamburg für gute Integration« vorgebracht:

»Hamburg: Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar.

Unser Anliegen ist, dass Hamburg eine Stadt des Ankommens wird: Hamburg soll Schutzsuchenden Zuflucht und eine Perspektive bieten und Bedingungen ihrer Teilhabe schaffen. Grundvoraussetzung für alles Weitere ist eine menschenwürdige Unterkunft. Dazu ist Hamburg rechtlich verpflichtet,

nicht zuletzt auch durch die Verpflichtung auf die Menschenrechte. In der letzten Woche hat sich nun eine Volksinitiative aufgemacht und in fünf Tagen die nötigen Unterschriften gesammelt, die sich »Hamburg für gute Integration« nennt. Das hört sich gut an. Die Krux ist: Nimmt man ihre Forderungen unter die Lupe, tut sich ein unlösbarer Widerspruch auf zwischen der Verpflichtung, Schutzsuchende aufzunehmen, und den Bedingungen, die die Initiative als Voraussetzung einer »nachhaltigen Integration« ansieht.

Allein die Forderung, zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen einen Mindestabstand von 1.000 Meter Luftlinie einzuhalten, würde bedeuten, dass etwa von den derzeit 9.000 Plätzen in Wandsbek fast zwei Drittel verschwinden müssen. In Altona blieben von derzeit 6.870 Plätzen rund 1.600 übrig. Allein in diesen beiden Bezirken müssten für über 11.000 Geflüchtete neue Unterkünfte geschaffen werden. Und legt man die Zahlen des Senats zugrunde, dann läuft die Forderung, dass ab sofort an keinem Standort mehr als 300 Geflüchtete untergebracht werden dürfen, darauf hinaus, dass 2016 mindestens 134 neue Standorte gefunden werden müssten. Diese beiden Forderungen sind jenseits von Gut und Böse. Würden sie umgesetzt, müsste Hamburg bald seine Tore für Schutzsuchende schließen. Sie laufen auf eine Obergrenze hinaus, also darauf, rechtliche Aufnahmeverpflichtungen ebenso auszuhebeln wie das Menschenrecht auf ein Dach über dem Kopf. Geflüchtete würden mangels Folgeunterkünften noch länger in Erstaufnahmeeinrichtungen festgesetzt. Zelte und Hallen würden zu Dauereinrichtungen, zahlreiche Schutzsuchende der Obdachlosigkeit ausgeliefert. Die Volksinitiative stellt mit ihren Forderungen Grund- und Menschenrechte der Geflüchteten zur Abstimmung. Das geht gar nicht!

Wir unterstellen nicht, dass die InitiatorInnen das alles bezwecken. Aber sie mobilisieren Stimmungen. Sie pokern. Sie pokern mit Grundrechten der Geflüchteten, die gerade als Geflüchtete auf die Achtung ihrer Grund- und Menschenrechte dringend angewiesen sind. Sie spielen mit dem Feuer. Und deshalb lehnen wir die Volksinitiative ab.

Wir wollen, dass die Stadt alles tut, um bestmögliche Bedingungen für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen. Das heißt auch für uns möglichst dezentrale Unterbringung. Gestern wurde ein Projekt der HCU vorgestellt, das die Stadtgesellschaft zur Beteiligung auffordert, möglichst viele, gerade auch kleine Flächen für neue Standorte zu finden. Natürlich fragen wir: Wie ernst ist das gemeint, wie verbindlich der Prozess? Wenn es mehr sein soll als eine Hinhaltenaktik, dann muss mindestens das bisherige und weitere Verfahren der Flächenfindung transparent, nachvollziehbar, müssen Entscheidungen korrigierbar werden. Und: warum erst so spät? Warum tut sich der Senat so unendlich schwer, die vielen Initiativen, die es seit langem aus der Zivilgesellschaft gibt, ernsthaft zu prüfen oder gar aufzugreifen, zum Beispiel:

Leerstand konsequent zu nutzen: wir brauchen eine Taskforce, die ihn aufspürt. Das löst bei weitem nicht die Probleme, ist aber ein Baustein!

Büroleerstand in Wohnraum zu verwandeln – warum werden erst sieben Bürogebäude genutzt und sind 26 Standorte noch in der Phase Sondierung, Planung oder Umbau? Warum wird das stadteigene Springergebäude nicht genutzt, wie immer wieder gefordert?

Ich will jetzt nicht alle bekannten Forderungen und Vorschläge aufzählen. Aber eines will ich sagen: Intransparentes Handeln und eine fortgesetzte Missachtung des Beteiligungswillens sorgen nicht nur für reichlich Unterschriften bei der Volksinitiative. Sie erleichtern auch rechtlosen Kräften, die grundsätzlich etwas gegen Geflüchtete haben, ihr Geschäft. Zivilgesellschaftliches Engagement und der Wille, sich an guten Lösungen zu beteiligen, dürfen nicht immer wieder ins Leere laufen. Beides ist unverzichtbar, um die wachsenden Stadtteile so zu gestalten und auszustatten, dass ALLE etwas davon haben. Hier ist ein verbindlicher Beteiligungsprozess unverzichtbar.

Betrachten Sie in diesem Sinne die derzeitige Volksinitiative als Chance zu einer dringend notwendigen Korrektur!«



Ohlstedt: Immer noch leben Menschen in Zelten (C. Schneider)

Ankommenstadt auf Senats-hamburgisch

Von Surya Stülpe, Referentin bei Christiane Schneider



Demo gegen das Asylpaket II, 18.2.2016 (Christiane Schneider)

Hamburg baut »Ausreisegewahrsam« am Hamburger Flughafen

Das Instrument des Ausreisegewahrsams wurde im Zuge der letzten Asylrechtsverschärfungen (Asylpaket I) als neuer § 62b AufenthG eingeführt. Neben der Erweiterung von Haftgründen für die Abschiebehaft sieht das Gesetz auch einen Ausreisegewahrsam in Transitzonen von Flughäfen oder in Unterkünften vor, von denen aus die Ausreise direkt vollzogen werden kann.

Der Hamburger rot-grüne Senat will nun als erstes Bundesland eine solche Einrichtung bauen. Laut Antwort auf zwei Schriftliche Kleine Anfragen von Christiane Schneider werden derzeit entsprechende Verhandlungen mit dem Flughafen in Fuhlsbüttel geführt. Die Einrichtung soll 20 - nach Geschlechtern getrennte - Plätze umfassen und vom Einwohnerzentralamt betrieben werden. Gebaut wird voraussichtlich auf einer 2.000 Quadratmeter großen Fläche am östlichen Teil des Flughafengeländes. Zur »Sicherung der Abschiebung« können Geflüchtete auf richterliche Anordnung für die Dauer von längstens vier Tagen in solchen »Ausreisegewahrsam« genommen werden. Vermutlich werden auch Geflüchtete aus anderen Bundesländern »in Amtshilfe« hier festgehalten werden.

600 Geflüchtete in Hamburg erhalten nur gekürzte Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes

404 Euro für Alleinstehende, die auf Hartz IV angewiesen sind, das ist viel zu wenig. Geflüchtete bekommen nach dem sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz noch weniger, nämlich lediglich 354 Euro. In den ersten sechs Monaten werden ihnen davon sogar nur 106 Euro in bar ausgezahlt und der Rest in Form von Sachleistungen (Fahrkarte, Kleidung, Unterkunft, Mahlzeiten) gewährt. Seit der Verabschiedung des Asylpakets I sind auch beim Asylbewerberleistungsgesetz Leistungseinschränkungen als Sanktionsmittel möglich.

Aus der Antwort des Senates vom 8.3.2016 auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 21/3491) wird deutlich, dass 599 Menschen, davon 21 Minderjährige, in Hamburg von Leistungskürzungen betroffen sind. Sanktionierte Alleinstehende erhalten demnach nur noch 65,10 Euro zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Afghanische Staatsangehörige verstärkt im Fokus der Abschiebebehörden

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist äußerst prekär. So beschreibt der afghanische Flüchtlingsminister von 34 Provinzen 31 als unsicher. Auch die Vereinten Nationen und das Auswärtige Amt bezeichnen die Sicherheitslage in Afghanistan seit Jahren als extrem schlecht. Kein Wunder also, dass die bereinigte Schutzquote von afghanischen Staatsangehörigen im Jahr 2015 bundesweit bei fast 80% lag.

Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung jüngst ihren Willen erklärt, vermehrt nach Afghanistan abzuschicken. Der Bundesinnenminister forderte seine Amtskollegen in den Ländern in einem Brief vom 5. Februar auf, ihm Unterstützung zu gewähren, damit »noch in diesem Monat mindestens ein Flug nach Afghanistan mit zurückkehrenden afghanischen Staatsangehörigen durchgeführt werden kann«. Dieser Flug fand auch statt.

Das ist eine völlig widersprüchliche und absurde Situation. Die Bundesregierung will mit dieser Art der Öffentlichkeitsarbeit wohl vor allem die afghanische Bevölkerung abschrecken und eine Flucht aus Afghanistan delegitimieren. Auch der rot-grüne Senat tut sich in dieser Hinsicht hervor: In Hamburg wurde jüngst die so genannte Senatorenregelung aufgekündigt. Diese Regelung war eine Hamburger Besonderheit, die 2008 vom Innensenator Ahlhaus geschaffen wurde, um AfghanInnen in Kettenduldung eine Bleibeperspektive zu eröffnen.

AfD – ante portas

Von Joachim Bischoff



Jörn Kruse und Frauke Petry am 16.2.2015 in Berlin (dpa)

Gut 12,6 Mio. Wahlberechtigte – also mehr als ein Fünftel aller Wahlberechtigten in Deutschland – waren am 13. März zur Neuwahl der Landesparlamente aufgerufen. Die Wahlen waren ein wichtiger bundespolitischer Stimmungstest, zugleich war es eine Abstimmung über das Thema Flucht und Zuwanderung, eine politische Debatte, die im Land dominiert und polarisiert.

Die Ergebnisse des Wahlsonntags zeigen einen deutlichen Rechtsruck in der bundesdeutschen Gesellschaft. In erster Linie drückt sich die Rechtsverschiebung im Wahltriumph der »Alternative für Deutschland« (AfD) aus. Aber auch der Niedergang der Sozialdemokratie in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sowie die Verschiebungen innerhalb der GRÜNEN belegen die Veränderung der Kräfteverhältnisse. Unbestritten ist auch: Die Linkspartei hat in diesen Wahlen eine massive Niederlage eingefahren.

Insgesamt gaben rund 8,7 Mio. von 12,6 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung ist deutlich angestiegen. Dabei nimmt in der Tendenz die Wahlbeteiligung in Deutschland kontinuierlich ab. Bei den Landtagswahlen 2006 verzeichneten alle drei Länder Negativrekorde, in Sachsen-Anhalt ging nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl. Die Debatte über die Flüchtlingsfrage hat also die Bevölkerung zur erhöhten Stimmabgabe animiert. Doch machen die NichtwählerInnen noch immer einen großen Anteil in der Bevölkerung aus. Die rechtspopulistische AfD verhöhnt ihre KontrahentInnen, dass gerade ihr Agieren diese Aktivierung bei der politischen Beteiligung ausgelöst habe. Zudem wird der Rechtsruck von Protestbewegungen in der Zivilgesellschaft (Pegida, Aktionen gegen Flüchtlingsunterbringung etc.) begleitet. Rechtsradikal inspirierte Straftaten und deren mediale Begleitmusik nehmen zu. Von rechter Seite wird immer unversöhnlicher ein radikaler Politikwechsel eingefordert.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern war das parteipolitische Auftreten von Rechtspopulismus oder Rechts extremismus in Deutschland bei Wahlen bis vor kurzem nicht sehr erfolgreich. Erst seit den Europawahlen 2014 gibt es mit der AfD den Anlauf zur Etablierung einer rechtspopulistischen Partei neben überwiegend auf der politischen Ebene bedeutungslosen rechtsextremen Parteien wie der NPD. Das WählerInnenpotenzial für eine solche politische Kraft ist allerdings seit längerem vorhanden. Man konnte seit Jahrzehnten wissen, dass es auch in der Bundesrepublik fremdenfeindliche, antisemitische, islamfeindliche und überhaupt auf Ressentiments gestützte Einstellungen bei bis zu 20% der Bevölkerung gibt – so wie in anderen EU-Ländern auch, wo sich Rechtsaußen-Parteien längst etabliert haben. In Deutschland wurde diese untergründige Unmutshaltung ignoriert und darauf gesetzt, dass dieser »Bodensatz« ohne charismatische Führungsfigur nicht aktiviert werden kann.

Es war vordergründig eine Protestwahl. »Für AfD-Anhänger spielt eine große Rolle, dass die AfD den Konsens der übrigen Parteien durchbricht. 72% von ihnen sehen die AfD als Partei, die sich deutlich von anderen Parteien unterscheidet, 74% als Anwalt von Positionen, die in der Bevölkerung durchaus weit verbreitet sind. 81% versprechen sich »frischen Wind in der Politik«. Zwei Drittel der Anhänger sind auch überzeugt, dass die AfD eine Lücke im parteipolitischen Spektrum füllt.« (Renate Köcher, Die scharfe Kante der AfD, in: FAZ vom 22.10.2014)

Um dauerhaft Erfolg zu haben, müssen sich populistische Parteien ausgehend von der Artikulation aktueller Proteststimmungen auch auf politische Zielsetzungen stützen. Der wichtigste Bezugspunkt aller rechtspopulistischen Parteien ist die tiefe Enttäuschung hinsichtlich des überlieferten Systems der politischen Willensbildung. Die gewichtigste Un-

terscheidung für PopulistInnen ist zwischen korrupten und unfähigen Eliten und den wachsenden Problemen der »gutwilligen« Mehrheit der Bevölkerung.

Populistische Parteien sind Anti-Establishment-Parteien und geben vor, für das »einfache Volk« zu stehen – im Unterschied, so der Vorwurf, zu den anderen Parteien, die das nicht mehr tun. Das ist der Kern des Populismus. Der europäische Rechtspopulismus setzt sich tatsächlich von Kopenhagen bis Rom, von Paris bis Budapest und Berlin aus den immer gleichen Ingredienzien zusammen: Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen, Islamophobie im Besonderen sowie eine ablehnende Haltung gegenüber der EU wie Europa insgesamt, verbunden mit einer tiefsitzenden Skepsis oder gar aggressiven Ablehnung gegenüber der politischen Klasse. Die soziale Unsicherheit verbindet sich bei den AnhängerInnen der AfD mit verbreiteten Stereotypen und Vorurteilen.

Die AfD sieht sich selbst als Widerstandspartei gegenüber einer neoliberalen Politik der Internationalisierung, einer gefährlichen Verschlingung des Staats und einer Zerstörung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Die häufig zu hörende Etikettierung als neoliberale Partei geht m.E. genauso in die Irre wie die Formel Neonazi. Die AfD charakterisiert sich als nationalistische Antwort auf den Neoliberalismus, wie hier Marc Jongen im Interview mit der NZZ am Sonntag vom 13.3.2016.: »In Wahrheit ist es so, dass die Regierenden eine Sabotage der Staatsmacht betreiben und so die Anarchie befördern. Wenn der Staat nicht mehr fähig ist, in gewissen Gegenden die Sicherheit zu gewährleisten, organisieren sich Bürger in Notwehr und übernehmen diese Aufgabe. Die AfD würde nie sagen, dass dies ein wünschenswerter Zustand sei. Wie zum Rechtsstaat muss auch zum staatlichen Gewaltmonopol zurückgekehrt werden. Wir fordern die Aufstockung der Polizei, die fast zu Tode gespart worden ist... Es gibt verschiedene Methoden, einen Staat zu destabilisieren. Auch die schrankenlose Überschwemmung mit Menschen, die auf die lange Dauer nicht integrierbar sind, weil sie einfach zu viele sind und zu fremd, bedeutet eine Destabilisierung.«

Die politische Zäsur durch die Landtagswahlergebnisse kommt nicht überraschend. Schon die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen vom 6. März offenbarten die Tendenz der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Auch die letzte Umfrage in Hamburg aus dem Januar 2016 belegt, dass in der Hansestadt die Wahlbevölkerung ähnlich tickt. Wären aktuell Bürgerschaftswahlen, würde die SPD von Bürgermeister Olaf Scholz stark verlieren, großer Sieger wäre die AfD. Demnach käme die SPD nach 45,6% bei der Wahl im Februar 2015 jetzt nur noch auf 37%. Die CDU würde sich gegenüber ihrem Negativrekord von 15,9% von vor einem Jahr noch einmal auf 14% verschlechtern. Die GRÜNEN würden leicht auf 13% zulegen (2015: 12,3), die LINKE käme auf 10% (8,5), und die FDP würde ebenfalls moderat gestärkt und käme auf 8% (7,4). Große Wahlgewinnerin wäre die AfD, die ihr Ergebnis von 6,1% im Jahr 2015 auf 13% mehr als verdoppeln könnte.

Fasst man die Ergebnisse der Landtagswahlen zusammen und formuliert für das Frühjahr 2016 einen bundesweiten

Trend, dann sind die Aussichten eindeutig: Die SPD bliebe mit 18% der Stimmen noch unter ihrer Marke von 25%, die GRÜNEN würden mit 20% deutlich mehr als ihre aktuellen Werte von 10 bis 11% holen und die Linkspartei hätte Mühe, über die 5%-Hürde zu klettern. Die CDU würde immerhin noch bei fast 30% liegen. Die AfD wäre zweistellig und käme auf rund 15 bis 16% – wäre also demnächst drittstärkste Kraft und läge damit auf dem Niveau vieler EU-Mitgliedsstaaten. Eine Sozialdemokratie, die die Linkspartei vor sich hertreiben könnte, gibt es nicht mehr.

Die Diskussion, was diese Entwicklungen für die Strategie der Linkspartei zusammen mit dem Rechtsruck im Parteiensystem bedeuten, hat gerade erst begonnen. Die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht hat schon einmal Pflöcke eingeschlagen. Sie schockiert die Partei mit drei Thesen:

1. »Tatsächlich ist die Bundeskanzlerin Merkel für den schlimmsten Rechtsruck in Deutschland nach 1945 verantwortlich. Merkel habe »mit ihrer unkoordinierten, konzeptionslosen Politik zu sehr viel Verunsicherung und Ängsten beigetragen. Ihre Politik läuft darauf hinaus, die Kosten der Flüchtlingsintegration der Mittelschicht und den Ärmern aufzubürden. Das treibt der AfD die Wähler zu.«
2. »Es war nie linke Position, so viele Flüchtlinge wie möglich nach Deutschland zu holen«, sagt Wagenknecht vor und nach den Wahlen und fordert zugleich eine politische Korrektur in Programmatik und Strategie. »Wir haben in der Flüchtlingsdebatte offensichtlich den Zugang zu einem erheblichen Teil unserer Wähler verloren.« »Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das ändern.«
3. Sie hält es für unzulässig, alle AfD-Wähler als Rassisten zu denunzieren. Der Erfolg der AfD zeige, dass sich viele Deutsche wegen ihrer schlechten Lebensumstände Sorgen um die Zukunft machen.

Richtig ist: Nach den katastrophalen Ergebnissen in den Landtagswahlen und Umfragen kann die LINKE nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Unstrittig ist, dass wir eine selbstkritische Debatte führen müssen. Trotzdem kann man nicht vor die Presse gehen und Vorstellungen für einen neuen Kurs vor allem in der Flüchtlingspolitik präsentieren. Es ist nicht akzeptabel, dass Sahra Wagenknecht diese im Alleingang in der Öffentlichkeit propagiert und die Mitgliedschaft vor vollendete Tatsachen stellt. Diese Verletzung der Regeln innerparteilicher Demokratie ist eine schwere Hypothek für die unaufschiebbare selbstkritische Bilanz der Politik der Linkspartei. Faktisch ist die Konfrontation der politischen Strömungen damit voll entbrannt: Gregor Gysi gibt Wagenknecht Mitschuld an den Wahlverlusten der Linken. Und wenn herausragende Persönlichkeiten wie Katja Kipping und Sahra Wagenknecht unterschiedliche Positionen beziehen, dann wird es eben schwierig.

Sicher gibt es unter Mitgliedern und MandatsträgerInnen der AfD Rassisten, Rechtsextreme und Anhänger von autoritären Regimen. Gleichwohl hilft es nicht weiter, in der politischen Konfrontation bei dieser Etikettierung stehenzubleiben. Sahra Wagenknecht unterstreicht daher zu Recht:

»Natürlich darf man nicht pauschal alle Menschen, die sich angesichts hoher Flüchtlingszahlen noch stärker um Arbeitsplätze, Sozialleistungen, Wohnungen und steigende Mieten sorgen, in eine rassistische Ecke stellen. Das gilt auch für Wähler der AfD.« Aber den BürgerInnen mit ihren nationalistischen einfachen Lösungen Recht zu geben und eine Begrenzung von Zuflucht und Migration zu unterstützen, ist sicher keine tragfähige Konzeption. Bloßes Verständnis für die im Labyrinth der Parteienverdrossenheit verirrtten BürgerInnen hilft uns nicht weiter.

Rassistisch und sozialchauvinistisch aufgeladene Ab- und Ausgrenzungen werden nicht aufgrund eigener Betroffenheit von sozialem Abstieg unterstützt, sondern aufgrund von – be-

gründeter oder unbegründeter – Angst davor. Die AfD verkörpert Einstellungsmuster, die in der gesamten Gesellschaft – und damit auch unter den WählerInnen der demokratischen Parteien – weit verbreitet sind. Eine Kritik, die lediglich auf Verbindungen oder Ähnlichkeiten zur rechtsextremen Szene abzielt, verfehlt daher das eigentliche Problem. Wie also kann ohne Verteufelung eine grundsätzliche, konfrontative Auseinandersetzung erfolgen? Wichtigster Punkt zunächst: Linke KritikerInnen müssen verstehen, was die Grundkonfiguration des Rechtspopulismus ausmacht. Wer hier zu den Universalsschlüsseln »Neoliberalismus« oder »Neonazis« greift, befindet sich in einer mentalen und politischen Sackgasse.

Was treibt die AfD in der Bürgerschaft?

Zum neuen Newsletter der Linksfraktion, von Christiane Schneider



Aus dem »Watchletter« vom 23.3.2016

Schon vor den Landtagswahlen Mitte März hatte die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen, einen neuen Newsletter herauszugeben. Nun legen wir los: Wir wollen darüber informieren, was die AfD in der Bürgerschaft eigentlich treibt.

Zwar sind ihre parlamentarischen Beiträge – Anträge, Reden, Kleine und Große Anfragen – über die Parlamentsdatenbank öffentlich zugänglich. Doch wir wollen die Information erleichtern und so die politische Auseinandersetzung fördern.

Mehr als ein Jahr ist die AfD nun in der Bürgerschaft. Sie hat die Bürgerschaft verändert. Gestritten wurde immer. Die politischen Differenzen zum Beispiel zwischen uns und der CDU sind tief. Was also ist anders geworden?

Die AfD ist keine Partei wie die anderen, nur etwas weiter rechts verortet. Ihre Fraktion in der Bürgerschaft lässt keinen Zweifel daran, dass sie die gesellschaftliche Realität nicht anerkennt, sondern grundlegend ändern will. Sie akzeptiert die

Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht, nicht die Vielfalt der Lebensentwürfe und schon gar nicht die kulturelle und religiöse Vielfalt. Sie stellt diese Vielfalt in Frage, will sie zerstören. Und dazu nutzt sie die Bürgerschaft. Von Beginn an ist ihr hauptsächliches, manchmal fast schon einziges Thema die Flüchtlingspolitik. Sie greift die »Altparteien« an, sie greift geltendes Recht an, Grundrechte wie das Recht auf Asyl oder Religionsfreiheit, vor allem aber greift sie die Menschenwürde und die Menschenrechte der Geflüchteten an.

In den ersten Monaten ihres Bürgerschaftsauftritts konnte man noch geneigt sein, die AfD zu unterschätzen, so tollpatschig hat sie sich teilweise angestellt. Auch jetzt sind ihre Abgeordneten etwa in der Ausschussarbeit kaum präsent, wissen inhaltlich wenig zu sagen. Doch Unterschätzung wäre völlig falsch. Das haben nicht nur die jüngsten Wahlen gezeigt.

Viele Menschen kommen mit den erfahrenen Brüchen nicht klar, mit der Globalisierung, den krisenhaften Entwick-

lungen, dem zunehmenden Verlust der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen und den Veränderungen der erfahrbaren Umwelt, Veränderungen auch durch Fluchtbewegungen und Einwanderung. Das ist der Boden, den die AfD beackert. Sie bedient und stärkt das Ressentiment, das Vielfalt und Buntheit der Gesellschaft als Bedrohung empfindet. Sie stellt Gleichwertigkeit und gleiche Grundrechte aller hier lebenden Menschen grundsätzlich in Frage. Man muss ihr nicht vorhalten, dass sie zur Lösung von Problemen nichts beizutragen hat, denn es geht ihr nicht um Lösungen vermeintlicher oder wirklicher Probleme, sondern um die Mobilisierung des Ressentiments gegen erhebliche Teile unserer Gesellschaft, die als »anders« wahrgenommen werden. Die AfD bietet an, die Realität der Wahnvorstellung einer homogenen, also nicht bunten, nicht vielfältigen Gesellschaft anzupassen. Das macht sie brandgefährlich.

Mit der Herausgabe unseres Newsletters wollen wir einen Beitrag leisten, über die Umtriebe der AfD-Fraktion zu informieren. Wir beschränken uns auf die Fraktion und sichten ihre parlamentarischen Initiativen, also Anfragen, Anträge und Redebeiträge. Dass wir rassistische und andere Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dokumentieren, ist natürlich nicht unproblematisch, weil wir sie da-

mit wiederholen. Unser Anliegen ist jedoch die Aufklärung, Voraussetzung für die erfolgreiche politische Gegenmobilisierung.

Der nunmehr erschienene erste Newsletter endet mit Stand Februar 2016. Er soll ab sofort sechs- bis achtwöchentlich erscheinen. Über zahlreiche Bestellungen und Rückmeldungen, auch kritische, freuen wir uns. Bestellungen bitte an newsletter@linksfraktion-hamburg.de.

Watchletter »Rechtsaussen im Rathaus: der Inhalt der ersten »Nummer«:

- Flüchtlinge und Rassismus
- Sozialchauvinismus und Leistungsideologie
- Law and Order
- Hetze gegen Liberale und »Linksextremismus«
- Medienkritik und »Lügenpresse«

Herunterzuladen unter www.linksfraktion-hamburg.de/2016/03/23/afd-watchletter-rechtsaussen-im-rathaus/

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Wer in älteren »BürgerInnenbriefen« blättern oder gezielt etwas nachlesen möchte, findet alle seit 2008 erschienenen 130 Ausgaben (mit über 1.300 Seiten!) hier: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/heike-sudmann/buergerinnen-briefe/.



Gut oder vielleicht auch schlecht zu wissen: Schon Ende Januar hatte das Bundessozialministerium **neue Zahlen zur Vermögensverteilung in Deutschland** herausgegeben (laut »Passauer Neue Presse« vom 25.1.2016). Danach verfügten die oberen zehn Prozent der Haushalte im Jahre 2013 über 51,9% des Nettovermögens. Im Jahre 1998 waren es noch 45,1%. Die Umverteilung von unten nach oben schreitet also munter voran. Das sieht doch gut aus, könnten ZynikerInnen einwenden. Denn Oxfam stellte Mitte Januar fest, dass sage und schreibe **62 Superreiche über so viel Vermögen verfügen wie die Hälfte der Menschheit** (2015 waren es noch 80 Personen). 2015 besaß übrigens das »obere« Prozent der Weltbevölkerung ebenso viel wie die anderen 99% zusammen (www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2016-01-18-62-superreiche-besitzen-so-viel-haelfte-weltbevoelkerung). Wahnsinn!

Anlässlich des Jahrestreffens der **Landespressekonferenz** am 21. März wurde wieder ein **satirischer Filmrückblick** auf das verflossene Jahr geliefert, zur Gaudi der MedienvertreterInnen und der anwesenden PolitikerInnen. Wer sich eine Viertelstunde Zeit nimmt, findet den recht unterhaltsamen Zusammenschnitt von Andreas Hilmer hier: www.youtube.com/watch?v=p0APbDSusr4.

Der täglich erscheinende **Newsletter nahverkehrhamburg.de** meldete am 22. März, basierend auf einer Untersuchung des Hamburger Beratungsunternehmens Civity, dass die **HVV-Preise seit 1993 viermal stärker gestiegen sind als die Parkgebühren in der Hamburger Innenstadt**. Nun ist es sicher etwas fragwürdig, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Aber es bleibt festzuhalten, dass sich die Senate in den letzten 23 Jahren den ständigen Fahrpreiserhöhun-



gen, gelinde gesagt, nicht gerade entgegengestellt haben, während gleichzeitig der Individualverkehr, jedenfalls das Parken in der Innenstadt, de facto gefördert wurde. »Hamburg ist somit«, so das Fazit bei nahverkehrhamburg.de, »bei den Parkgebühren – neben München – die günstigste deutsche Großstadt über 6.000 Einwohner«. Mehr dazu hier: www.nahverkehrhamburg.de/auto/item/1664-hvv-preise-seit-1993-viermal-staerker-gestiegen-als-parkgebuehren.



Der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. und das Ankommensstadt-Bündnis laden für **Donnerstag, den 24. März, 19.00 Uhr**, im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) ein zu einer Veranstaltung über den Hamburger Wohnungsbau: **Goldgrube für Investoren oder bezahlbarer Wohnraum für alle?** GesprächspartnerInnen von Moderator Hartmut Sauer sind die Wilhelmsburger Stadtplanerin Zeynep Adanali und der ehemals in Hamburg, seit längerem aber schon in Wien ansässige Stadtsoziologe und Gentrifizierungskritiker Prof. Dr. Jens Dangschat. Mehr unter www.zukunft-elbinsel.de.

Das diesjährige **Schanzenfest** ist auf **Samstag, den 26. März**, vorgezogen worden, auch aus Solidarität mit den von Kündigungen bedrohten MieterInnen im Schanzenhof. Dem entsprechend findet das Fest von 10.00 bis 22.00 Uhr rund um diese Institution statt, d.h. zwischen der Schanzen-, Bartels- und Susannenstraße. Den Aufruf **Gemeinsam gegen kapitalistische und rassistische Stadtentwicklung!** gibt es hier: <http://shsf.blogspot.de>. Auf **zwei Filmvorführungen** an diesem Tag im Schanzenstern (Bartelsstraße 12) sei besonders hingewiesen: Um 11.30 Uhr wird der Streifen »Miete essen Seele auf« (Deutschland 2015, von Angelika Levi, 55 min), um 12.45 Uhr die Dokumentation »Kurze Zukunft« (Deutschland 2015, von Doro Carl, 83 min) über die Umbrüche in der Großen Bergstraße gezeigt. Beide Filme laufen mit englischen Untertiteln.



Wir gehen aufs Ganze!, heißt es auf einer Informationsveranstaltung der Linksfraktion am **Mittwoch, den 30. März**, um 18.00 Uhr im Raum 151 des Hamburger Rathauses. Es geht um die Forderung **Den schulischen Ganztag verbessern – jetzt!**, d.h. die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe in den Quartieren vor- und nachmittags. GesprächsteilnehmerInnen sind Christina Dwenger (Landeselternausschuss und Volksinitiative Guter Ganztag), Jens Kastner (GEW), Sieglinde Frieß (ver.di), Martin Peters (Der Paritätische), Jörg Behnken (Schulleitung Traberweg) und Sabine Boeddinghaus (Fraktionsvorsitzende der LINKEN). Die Moderation hat die Kommunikationstrainerin Vera Bacchi.



Ebenfalls am **Mittwoch, den 30. März**, findet um 18.00 Uhr im Hörsaal der HafenCity Universität Hamburg (Überseeallee 16) eine weitere Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Städtebauseminars statt. **Nahmobilität und öffentlicher Raum** lautet die Überschrift, und es geht um **Urbane Raumannsprüche zwischen Nutzbarkeit und Gestaltung**. Über die Stärkung der Nahmobilität in München zur Entlastung der Verkehrsinfrastruktur berichtet Stephan Reiß-Schmidt von der Münchener Stadtverwaltung. Mehr unter www.staedtebau-seminar.de.

Am **Freitag, den 1. April**, lädt die Linksfraktion in der Bezirksversammlung (BV) Eimsbüttel zur wohnungspolitischen Debatte ein. Es geht um die Frage **Schnelles Bauen – und dann?**, konkret um den Komplex **Sozialarbeit und Integration in Eidelstedt**. Die Podiumsdiskussion findet um 19.00 Uhr im Saal 93 des Bürgerhauses Eidelstedt (Alte Elbgaustraße 12) statt. Gäste sind an diesem Abend Manuela Pagels und Heike Sudmann (Bezirks- bzw. Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN), Holger Börgartz (Geschäftsführer des Bürgerhauses), Ursula Kleinfeld (2. Vorsitzende des Eidelstedter Bürgervereins von 1901) sowie Prof. Dr. Simon Güntner (Sozialwissenschaftler an der HAW). Die Moderation obliegt Hartmut Obens, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel.

Um **Linke Alternativen zur Flüchtlingspolitik in Hamburg** geht es auf einer Diskussionsveranstaltung der Gruppe Blauer Montag und des Netzwerks Recht auf Stadt (RaS) am **Montag, den 4. April**, um 19.30 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2). Im Mittelpunkt stehen die Formierung des Rechtspopulismus, die europäische Flüchtlingspolitik und die Situation in Hamburg, speziell das auch im letzten »BürgerInnenbrief« aufgenommene RaS-Papier »Migration findet statt. Gegen die Hysterie – für eine andere Planung«.



Am **Freitag, den 8. April**, hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg den linken Europaabgeordneten Fabio De Masi, die DGB-Regionsgeschäftsführerin Schleswig-Holstein Nordwest Dr. Susanne Uhl sowie den Autor des Buches »Steuer-oase Deutschland« Markus Meinzer zu Gast. Vor dem Hintergrund dieser Neuerscheinung wird es um das Thema **Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Deutschland und**

Europa gehen. Die finanzpolitisch brisante Diskussion findet in der W3 (Nernstweg 32-34) statt und beginnt um 18.30 Uhr. Mehr unter www.hamburg.rosalux.de/event/55346/steuroase-deutschland.html.

Einen Ratschlag zur Verteidigung sozialer Grundrechte veranstalten der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Hamburg, das Hamburger Netzwerk SGB II und der Flüchtlingsrat am **Mittwoch, den 13. April**, von 17.00 bis 21.00 Uhr in der Cafeteria der Stadtteilschule St. Pauli (Bernhard-Nocht-Straße 12). Tags darauf, also am **Donnerstag, den 14. April**, folgen eine **Straßenaktion und Kundgebung** unter dem Motto **AufRecht bestehen!** Treffpunkt ist um 17.00 Uhr der Mönckebergbrunnen an der Spitaler Straße. Mehr dazu unter <http://akshamburg.wordpress.com>.

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!, so lautet das Motto der Großdemonstration am **Samstag, den 23. April**, in Hannover. Treffpunkt für alle ist um 12.00 Uhr der Opernplatz im Herzen der Stadt. Allgemeine Demo-Infos gibt es unter www.attac.de/merkelundobama, die offizielle Demo-Website findet sich hier: <http://ttip-demo.de>. Und das Hamburger Netzwerk hat ebenfalls eine eigene Website geschaltet, auf der es auch Mitfahrtsipps gibt: <http://stoppttip-hamburg.de/>.



Und wer schon einmal »da unten« ist, könnte vor- oder nachher auch noch einen Abstecher nach Köln machen, denn dort tagt vom **22. bis 24. April** das **zweite bundesweite Treffen stadtpolitischer Gruppen**. Weitere Infos unter www.buko.info/aktuelles/news/datum/2015/11/25/zweites-bundesweites-treffen-stadtpolitischer-gruppen.



Die »Stadtwerkstatt« der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) lädt ein zu einer **Fachkonferenz** mit dem Titel **Wohnen in Hamburg 2030: Impulse und Perspektiven**.

Wien, Berlin und Hamburg stehen dabei im Fokus. Die Konferenz findet statt am **Dienstag, den 26. April**, von 14.00 bis 19.00 Uhr im hauseigenen Konferenzraum (Neuenfelder Straße 19). »Die Veranstaltung«, so die Mitteilung des BSW-Mitarbeiters Claudius Lieven, »bildet den Auftakt für die Planungen und für den notwendigen Diskussionsprozess über die langfristigen Strategien für Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Hamburg sowie deren Umsetzung. Dafür brauchen wir Ihre Anregungen.« Die können wir doch gerne geben, doch leider bedarf es dazu der »persönlichen Einladung«. Aber vielleicht hilft ja eine Interessenbekundung an: claudius.lieven@bsw.hamburg.de.



Auf zum Hamburger Ostermarsch 2016!



Ostermarsch 2013 (Foto: SAV)

Der Hamburger Ostermarsch, zu dem auch wir traditionell aufrufen, findet in diesem Jahr am Ostermontag, den 28. März, statt. Auftakt ist um 12.00 Uhr bei der Erlöserkirche (Jungestraße 7), um 11.30 Uhr gibt es in der Kirche eine Friedensandacht, danach geht es mit dem Demonstrationszug nach St.

Georg, wo die Veranstaltung mit einem Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Fest an der Langen Reihe endet. Und hier der diesjährige Aufruf, komplett und mit den UnterzeichnerInnen zu finden unter www.hamburgerforum.org/pdf/OM-Flugblatt-2016.pdf.

Hamburger Ostermarschaufruf 2016 Keine Bundeswehreinätze im Ausland – Syrieneinsatz beenden! Rüstungsexporte stoppen!

Flüchtlinge aufnehmen – Fluchtursachen bekämpfen!

Die Welt ist aus den Fugen – das ist nicht zu übersehen: Nicht nur in Syrien und Afghanistan, auch im Jemen, innerhalb der Türkei und in vielen anderen Ländern herrscht Krieg – vielfach unter Beteiligung oder geschürt von NATO-Staaten und ihren Verbündeten, die ihre Öl-, Gas- und Uranversorgung oder andere wirtschaftliche und politische Interessen absichern wollen.

In Syrien ist jetzt auch die Bundeswehr im Einsatz, während die Finanzströme des »Islamischen Staats« weiter ungehindert fließen. Aus dem Debakel der Einsätze in Afghanistan und Libyen wurde nichts gelernt. Insbesondere die USA setzen in vielen Ländern Drohnen ein, um mutmaßliche Terroristen zu töten, und treffen dabei viele Unbeteiligte, Frauen und Kinder. Die globalen Militärausgaben liegen bei rund 1.700 Milliarden US-Dollar jährlich. Mit 610 Milliarden Dollar geben die USA im weltweiten Vergleich mit Abstand das meiste Geld für Rüstung aus. Es werden neue Atomwaffen produziert. Die UNO verliert international an Bedeutung, während das Völkerrecht immer mehr zum Recht des Stärkeren verkommt. USA und EU verfolgen wirtschaftliche und politische Interessen durch »Freihandelsabkommen« und Wirtschaftssanktionen, z.B. ge-

gen Russland. Während weltweit die Armut zunimmt, werden einige Superreiche immer reicher.

Jedes Jahr verhungern Millionen Menschen. Soziales Elend nimmt weltweit zu, die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit steigt. Das Geld zur Rettung des Finanzsystems wird den Bevölkerungen durch Lohndumping und Sozialabbau abgepresst. Rassismus, Nationalismus und Fundamentalismus nehmen zu. Klimawandel und Umweltverschmutzung mit dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, zunehmende Überwachung der Bevölkerung und Abbau demokratischer Rechte kennzeichnen unser Leben. All dies führt weltweit zu 60 Millionen Flüchtlingen, von denen bislang rund eine Million nach Deutschland gekommen sind – trotz restriktiver Flüchtlingspolitik.

Für diesen Zustand der Welt ist in großem Maße die Politik der westlichen Industrieländer – und auch Deutschlands – verantwortlich:

- Es werden Waffen in Krisengebiete und kriegsführende Länder exportiert – gerade auch aus Deutschland; der Hamburger Hafen ist eine Drehscheibe des internationalen Waffenhandels.
- Die Bundeswehr ist inzwischen weltweit an Kriegen beteiligt. Die Bundesregierung nennt dies schönfärberisch »Verantwortung übernehmen«. Für Militäreinsätze ist man bereit, viel Geld auszugeben, während in den Flüchtlingslagern im Nahen Osten die Menschen hungern, da das Flücht-

lingshilfswerk der UNO kein Geld für die notwendigste Hilfe bekommt.

- Viele Medien betreiben Kriegspropaganda, Staaten wie Russland oder der Iran werden dämonisiert und es wird Furcht vor dem islamistischen Terrorismus geschürt.
- Die Energiewende stockt, der Kampf um Energieressourcen wird weiter mit allen, auch militärischen Mitteln ausgetragen.
- Der Export von Müll, die industrielle Landwirtschaft und die Überfischung der Meere tragen weltweit zu Hunger, Armut und Verelendung sowie zur Zerstörung unserer Umwelt bei.
- Wirtschaftlich schwächeren Ländern werden Freihandelsabkommen aufgezwungen, die dort zur Verarmung großer Bevölkerungsteile beitragen.

Dagegen setzen wir mit dem Ostermarsch ein Zeichen: Zu dieser Politik gibt es Alternativen. Die wollen wir aufzeigen. Wir wollen Abrüstung. Das Geld, das für Rüstung und Krieg ausgegeben wird, brauchen wir für die Lösung globaler Probleme, für Bildung und medizinische Versorgung, für soziale Sicherheit. Engagieren wir uns alle gemeinsam:

- Für die Beendigung aller Kriegseinsätze und einen Stopp der Aufrüstung – Nein zu Killerdrohnen für die Bundeswehr

- Für die Austrocknung der Finanzen von Terrororganisationen – Nein zum Einsatz der Bundeswehr in Syrien
- Für die Ächtung und Verschrottung aller Atomwaffen – Nein zur grundlegenden Erneuerung der in Büchel stationierten US-Atomwaffen
- Für die Auflösung des Kriegsbündnisses NATO und die Stärkung der UNO – Nein zur Militarisierung der EU
- Für die Auflösung der Geheimdienste – Nein zu geheimdienstlichen Interventionen, Cyberwar und totaler Überwachung
- Für den Atomausstieg und eine dezentrale Energiewende – Nein zu neuen Kohlekraftwerken und Fracking
- Für bezahlbaren Wohnraum und kostenlose Bildung – Nein zu Privatisierung und Sozialabbau
- Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung – Nein zu den »Freihandelsabkommen« TTIP, CETA und TISA
- Für die Beendigung der Rüstungsproduktion – Nein zu Waffenexporten über den Hamburger Hafen
- Für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen – Nein zu Rassismus und Nationalismus

Wachsam auf der Bastion Albertus

Von Birgit Kiupel, für die Anwohnerinitiative Neustadt



Blick vom Stintfang (wikipedia, Ausschnitt)

Auf der Bastion »Albertus« haben viele schon Silvester gefeiert oder Sonnenuntergänge mit malerischem Panorama auf Hafen und Stadt genossen. Hier oben auf der kreisrunden Aussichtsterrasse vor der Jugendherberge ist Geschichte und Zukunft Hamburgs noch für alle nachvollziehbar. Noch, denn an diesem markanten Abschluss des alten Festungsringes nagen InvestorInnen, mit dem Segen von Politik und Behörden. In den schattigen Hang hinein, über der S-Bahn-Haltestelle »Lan-

dungsbrücken« soll ein massiver Baukomplex errichtet werden – mit einem sechsstöckigen Hochhaus.

In unmittelbarer Nähe des Alten Elbparks und des Bismarck-Denkmal, die demnächst denkmalgerecht und mit einer hohen Millionensumme saniert und denkmalgerecht wiederhergestellt werden sollen. Natürlich unter »Bürgerbeteiligung«. Auf den öffentlichen Spaziergängen mit VertreterInnen des Denkmalschutzamtes hörten wir denn auch 2015 viele klein-

laute und verdruckste Kommentare zum Bauprojekt Hafentor. Dabei stand die Bastion Alberti bereits nach dem Zweiten Weltkrieg im Zentrum von Begehrlichkeiten, wie mir in einem Gespräch am 11. Januar 1994 die damals 96-jährige Paula Karpinski erläuterte, Hamburgs erste Senatorin und zwischen 1957 und 1961 für die Jugendbehörde zuständig. »Ein schwieriges Unterfangen war die Errichtung der Jugendherberge auf dem Stintfang. Im Senat saßen damals Dudek (Finanzsenator), Schiller (Wirtschaftssenator) und Brauer (Bürgermeister). Sie alle waren gegen diesen Standort. Brauer zum Beispiel, weil er überzeugt war, dass an dieser wichtigen Stelle ein Hotel stehen sollte. Ich rief die Jugendverbände zusammen und bat sie: ›Also, Kinder, jetzt müsst ihr mir helfen.‹ Dann warb ich Nevermann, und begründete diesen Standort mit den Worten: ›Die Jugendherberge ist der Ort, zu dem viele junge Menschen aus allen Städten, ja sogar aus allen Ländern kommen. Sie sehen auf den Hafen, erblicken dieses rege Leben dort und sind begeistert. Wenn sie älter werden, erinnern sie sich und kommen wieder und sind dadurch für Hamburg ein Wirtschaftsfaktor.‹ So hab ich sie rumgekiegt.«

In diesem historischen O-Ton werden bis heute gültige Gründe für einen Einspruch gegen die Bebauung des Stintfangs, der ehemaligen Elbbastion Albertus, genannt:

- Der Stintfang ist als Teil der alten Hamburger Befestigungsanlage ein historisch bedeutsames Denkmal.
- Er ist ein attraktiver und zentraler touristischer Anziehungspunkt und somit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.
- Er weckt Begehrlichkeiten einzelner InvestorInnen und ist nur durch das Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte zu schützen und zu erhalten.

Im März 2013 taufte die damalige Senatorin für Justiz und Gleichstellung, Jana Schiedek (SPD), den Platz vor der Jugendherberge als Paula-Karpinski-Platz. (Das wissen die wenigsten.) Seit Jahren ist dieses Areal begehrtes Bauland. 2003 sollte hier ein neunstöckiger Turm für die Körberstiftung entstehen, der für Proteste von AnwohnerInnen und anderer HamburgerInnen sorgte. Die Parteien argumentierten unterschiedlich, wie das »Hamburger Abendblatt« am 23. Oktober 2003 berichtete: »Uneinigkeit herrscht in der Bezirksversammlung Mitte über

das geplante Hochhaus am Hafentor 7. Während sich CDU und Schill-Partei für den neunstöckigen Bau der Körber-Stiftung aussprachen, plädierte die SPD für eine kleinere Variante von fünf Etagen. Claudius Lieven (34, GAL): »Wir sind dafür, dass die Körber-Stiftung ein Gebäude in der HafenCity baut und nicht am Hafentor, am Sandtorkai wäre noch Platz.«

Dieser weise Rat wurde dann auch befolgt. Doch war dies offensichtlich nur die Ruhe vor dem nächsten Investorensturm. Nun will »Euroland« fast an gleicher Stelle, aber auf merklich größerem Grund und Boden, einen klotzigen Gebäudekomplex errichten. Und erntete erhebliche Proteste, auch von Denkmalschützern wie Prof. Hermann Hipp (siehe Kasten, S. 14).

»Bürgerbeteiligung« wird zunehmend skeptisch gesehen. So überzeugten entsprechende Veranstaltungen mit Euroland, im großen Saal des JUKZ, die AnwohnerInnen kaum. Zwar war von Wohnungen für SeniorInnen und behinderte Studierende die Rede, aber vielen erschien dies eher als Feigenblatt denn als ernst gemeint, zumal der Aufstieg in den Saal des Jugend- und Kulturzentrums auch nicht barrierefrei sei – wie eine Besucherin anmerkte.

Das BürgerInnenengagement in der Neustadt braucht einen langen Atem, denn nach abgewehrter Musical-Seilbahn und Olympia bleibt die zunehmende Eventisierung ein Dauerthema. Die »Anwohnerinitiative Hafentor« lud im Oktober 2013 zum Weinfest auf dem Stintfang, Marina Zimmermann spielte Paula Karpinski. Dann wurde es lange still um den Stintfang, Zugänge verrotteten – und auch unsere Nachfragen bei BezirkspolitikerInnen ergaben wenig, à la »das wurde im nicht-öffentlichen Teil des Ausschusses verhandelt, darüber darf ich nicht sprechen«. Nun soll ein neuer – uns allerdings bislang unbekannter Bauplan – vorliegen. So viel zum Thema »Bürgerbeteiligung«. Andere Städte punkten mit einem solch markanten Rest der Stadtbefestigung an zentraler Stelle. Hamburgs Wallanlagen haben die Stadt immerhin vor den Zerstörungen des Dreißigjährigen Kriegs bewahrt. Die Neustädter Initiative will es nicht hinnehmen, dass InvestorInnen und PolitikerInnen gemeinsam markante stadthistorische Denkmäler aus dem Stadtbild verschwinden lassen.



Blick vom Stintfang (wikipedia, Ausschnitt)

Prof. Dr. Hermann Hipp, Kunsthistoriker:

»Bei dem bisher unbebauten Gelände des »Stintfang«, das für einen beachtlichen neuen Wohnblock ausersehen ist, handelt es sich um die historisch und schon physisch prominenteste (= herausragendste) Situation des alten Wallrings, dem Hamburgs Innenstadt, also das eigentliche Hamburg, bis heute seinen historisch geprägten Kontur verdankt. In den Stadtansichten von Süden – und das sind seit der Frühen Neuzeit die durchweg »offiziellen« Stadtansichten – erscheint die mächtige Bastion »Albertus«, die den Festungsgürtel an der westlichen Seite und damit das Panorama der Stadt abschließt, unbebaut, sozusagen als Ausweis der Unüberwindbarkeit der Stadt. Zugleich war von dort aus der Hafeneingang zu überwachen. (...) Kurzum, es kann keinerlei Zweifel daran bestehen, dass diese Situation nicht nur als irgendein Teil des Großdenkmals »Wallanlagen« zu betrachten ist – aber schon allein das würde ihre kompromisslose Schutzwürdigkeit begründen. Vielmehr ist es ohne Zweifel einer ihrer wichtigsten, in jeder Hinsicht öffentlichsten Punkte, bis zur Gegenwart auch in seiner besonderen Bedeutung wertgeschätzt und gestaltet. An der Notwendigkeit der Erhaltung ihrer stadtlandschaftlichen, historisch bedingten Erscheinung und Qualität kann auch weiterhin keinerlei Zweifel bestehen.

Diese Situation überhaupt zu bebauen und gar mit einem landläufigen Wohnkomplex, das kann nur zu einer schwerwiegenden Verletzung der Stadtlandschaft an einer ihrer wertvollsten Stellen führen. Künftig wird man von der Elbhöhe aus auf die Balkone der Bewohner eines völlig fehlplatzierten Wohnblocks blicken (was die ja auch nicht freuen wird). Da kann kein Architekt etwas Wesentliches ändern, wenn das vorgesehene Volumen realisiert werden muss.«

Eine Chronologie der Bebauung von »Hafentor 7« und Stintfang

Zusammenstellung von Manfred Giovanetti

2003	Mitte 2003 wird der Bebauungsplan der Körberstiftung für das Grundstück 649/»Hafentor 7« öffentlich vorgestellt.
29. September 2005	Die Körberstiftung eröffnet das »KörberForum« unter der Adresse »Kehrwieder 12«. Der verworfene Bau auf dem Grundstück 649/»Hafentor 7« bleibt bis zum heutigen Tag im Stadtmodell erhalten.
7. Februar 2006	Der Senat teilt mit, dass das Grundstück 649 »aus Gründen der Belegenheit, der Größe und Nutzung nicht für einen Paketverkauf in Betracht« kommt und daher einzeln veräußert wird (laut Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage = SKA der Linksfraktion vom 17.12.2013).
15. Oktober 2007	Der Investor »Euroland« kauft das Grundstück 649/»Hafentor 7«. Seinerzeit verkauft die Stadt Hamburg Grundstücke im Höchstpreisverfahren (laut SKA vom 17.12.2013).
5. Mai 2009	Die Stadt Hamburg weicht beim Verkauf von Grundstücken vom Höchstpreisverfahren zugunsten des Vergabeverfahrens nach Konzeptqualität ab.
Oktober 2011	Der Investor Euroland stellt eine Bebauungsplanung vor, die neben dem Grundstück 649/»Hafentor 7« auch eine Teilbebauung des als »erkanntes Denkmal« eingetragenen Stintfangs vorsieht.
13. September 2012	Auf der »Öffentlichen Plandiskussion« wird folgende Frage gestellt: Anwohnerin: »Ich hatte ja auch noch die Frage, warum es keine Planung auf dem Grundstück gibt, für das Grundstück, das Sie bereits haben, (unverständlich). Können Sie das noch bitte beantworten.« – Herr Rocholl (Bauträger Euroland): »Wir haben ein Gesamtkonzept konzipiert. Das hat halt die verschiedenen Bausteine und wir denken, dass das die richtige Größe hat, aus unserer Sicht.«
1. Mai 2013	Alle »erkannten Denkmäler« werden zu vollwertigen Denkmälern.
17. März 2014	Das noch für die geplante Bebauung benötigte Grundstück des denkmalgeschützten Stintfangs wird an den Investor Euroland verkauft.
18. März 2014	Mit der »Beschlussempfehlung für die Bezirksversammlung nach öffentlicher Auslegung und Kenntnisnahme zur Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms« für die Abstimmung am 19. März 2014 wird der bereits erfolgte Verkauf des benötigten Grundstücks des denkmalgeschützten Stintfangs kommuniziert. Ergänzend wird die 73 Seiten umfassende Auswertung der Eingaben veröffentlicht.
19. März 2014	Der Stadtplanungsausschuss stimmt der Beschlussfassung mehrheitlich zu, mit einer Gegenstimme sowie einer Enthaltung bei den GRÜNEN und der Gegenstimme der LINKEN (Niederschrift vom 1.4.2014. Niederschrift vom 19.3.2014 wurde bis Juli 2014 noch nicht erstellt).
1. April 2014	Der Hauptausschuss beschließt die Vorlage anstelle der Bezirksversammlung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE (Niederschrift vom 1.4.2014).
13. Juni 2014	Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Änderung des Flächennutzungsplans mit Zustimmung der SPD, CDU und der GRÜNEN bei Ablehnung durch die LINKE und die FDP (laut E-Mail H. Sudmann vom 14.6.2014).

15. Juli 2015

Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung teilt Jon Meins mit:

»Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ... ist am 01.04.2014 ... beschlossen worden und hat seitdem die sogenannte »Vorgenehmigungsreife ... Auf dieser Grundlage ist es möglich, eine Baugenehmigung zu beantragen. Der Grund dafür, dass der Vorhabenträger diese Möglichkeit seit nun über 1 Jahr nicht in Anspruch genommen hat, liegt nach den uns vorliegenden Informationen daran, dass er die Umsetzung der Planung noch mal überprüft und auf dieser Basis evtl. eine geänderte Bebauung verfolgt.«

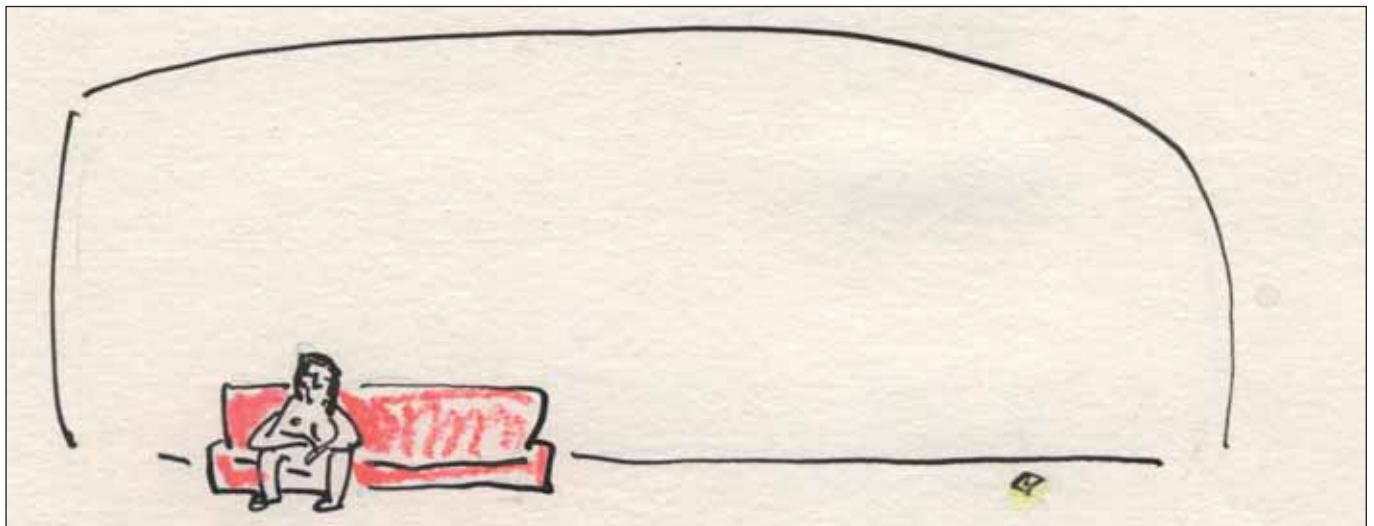
18. August 2015

Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung teilt mit:

»Der Grund dafür, dass der Vorhabenträger diese Möglichkeit (Baugenehmigungsreife) seit nun mehr etwa 1 Jahr nicht in Anspruch genommen hat, liegt nach den uns vorliegenden Informationen daran, dass er die Umsetzung der Planung zwischenzeitlich noch mal überprüft hat. Da die Prüfung des Bauträgers aber noch nicht vollständig abgeschlossen ist, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen dazu getroffen werden. Unsere ... Aussage ... ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch aktuell. Bauanträge zu dieser Fläche liegen unserer Kenntnis nach bisher nicht vor.«

Öffentlich geförderter Mietenwahnsinn

Von Heike Sudmann



Zeichnung: Birgit Kriupel

Ende Februar stellte der Senat seine Bilanz der Wohnraumförderung 2015 vor. Demnach wurden 9.560 Wohnungen genehmigt, der Anteil der geförderten Wohnungen daran lag nur bei knapp über 20% (1.901 Wohnungen im 1. Förderweg mit einer Anfangsmiete von 6,20 Euro pro Quadratmeter, 140 Wohnungen im 2. Förderweg mit einer Anfangsmiete von 8,30 Euro pro Quadratmeter). Die Baugenehmigungen verteilen sich wie in der nebenstehenden Tabelle auf die sieben Bezirke. Auch wer nicht rechenstark ist, erkennt auf den ersten Blick, dass der vielbeschworene Drittmix im Wohnungsneubau nicht ansatzweise eingehalten wird. Fast 80% der genehmigten Wohnungen werden frei finanzierte oder Eigentumswohnungen sein. Geförderte Wohnungen machen weit weniger als ein Drittel aus.

Für die Neubauwohnungen gibt es keine Mietpreisbremse, sodass sich hier der Mietenwahnsinn munter weiter entwickeln kann. Wahrscheinlich kann mensch gar nicht oft genug auf die Probleme hinweisen, die es auf dem Hamburger Woh-

Bezirke	Genehmigte Wohnungen	geförderte Mietwohnungen
Hamburg-Mitte	1.664 (davon HafenCity 502)	915
Altona	1.969 (davon Mitte Altona 343)	74
Eimsbüttel	1.081	161
Hamburg-Nord	1.491	365
Wandsbek	2.045	116
Bergedorf	588	161
Harburg	722	249
Summe	9.560	2.041

Quelle: Pressemitteilung des Senats vom 23.2.2016

nungsmarkt gibt und die mit der Senatswohnungsbaupolitik nicht behoben werden: Mehr als 50% der Hamburger Haushalte haben so wenig Einkommen, dass sie Anspruch auf eine

geförderte Wohnung haben. Allein auf eine klassische Sozialwohnung im 1. Förderweg haben – nach den aktuellen Zahlen für 2014 – aufgrund ihres geringen Einkommens 38% aller Haushalte einen Anspruch. Das ergibt bei den laut Statistikamt Nord im Jahr 2014 vorhandenen 1.005.412 Haushalten in Hamburg eine Zahl von 382.057. Für diese fast 400.000 Haushalte gibt es nur noch knapp 88.000 Sozialwohnungen, Tendenz sinkend. Da war schon der Drittmix des Senats völlig unzureichend. Wenn jetzt nur ein Fünftel der Neubauwoh-

nungen öffentlich gefördert wird, wird Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar.

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Wien: Für ihre 1,8 Mio. EinwohnerInnen gibt es 220.000 städtische und weitere 200.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Zwei Drittel der WienerInnen leben in diesen Wohnungen, die Stadt gibt dafür jährlich 600 Mio. Euro aus. Da ist Hamburg mit seinen 125 bis 175 Mio. Euro wirklich nur untere Liga.

Auch wenn Eigentumswohnungen und Ein- oder Zweifamilienhäuser noch etwas anderes sind als Mietwohnungen, so lassen sich doch Zusammenhänge herstellen. In der Zusammenfassung einer am 22. März veröffentlichten Studie der »LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG« heißt es gleich zu Anfang, dass »die Preise für Immobilien in Hamburg und dem Umland ... im vergangenen Jahr weiter angezogen (haben) ... Mit 2,8 Prozent entwickelten sich die Preise für bestehende Häuser in Hamburg etwas verhaltener als im Vorjahr. Dagegen verteuerten sich Neubauten um 16,4 Prozent.« Der LBS-Vorstandsvorsitzende Peter Magel spricht, wie schon die amtierende Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt, von einer »dynamischen Preisentwicklung«, was nichts anderes heißt, als dass es mächtig aufwärts geht für die HausbesitzerInnen. Die Kehrseite kriegen die MieterInnen ab, übrigens längst nicht mehr in den innenstadtnahen Lagen, wie die LBS-Studie ergibt. »Auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum weichen die Menschen aufgrund der starken Preissteigerungen im Zentrum« auf die »weiteren Stadtgebiete« aus. »In den letzten fünf Jahren erhöhten sich z.B. die Kaufpreise in den westlichen Wohngebieten, zu denen u.a. Lokstedt und Lurup zählen, um durchschnittlich rund 44 Prozent. Auch die östlich der Innenstadt liegenden Gebiete entwickelten sich stark mit plus 36 Prozent.«

Die ganze LBS-Studie, basierend auf der Auswertung von 13.300 öffentlich zugänglichen Immobilienangeboten in Hamburg und seinem Umland im zweiten Halbjahr 2015, findet sich hier: www.presseportal.de/pm/107638/3283242



Zeichnung: Birgit Käufler

Kulturtipp: Täter und Opfer



Hitler in Hamburg, 17.8.1934; Stolperstein Walter Medau

Die Stadt im Frühling – auch von ihren versteckten Seiten – zu erkunden, dazu bieten sich natürlich die gut 220 Rundgänge der Hamburger Geschichtswerkstätten in rund zwei Dutzend Stadtteilen an. Das Programm gibt es unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de. Einen anderen Zugang ermöglichen die Literarischen Hafentrunden, z.B. am Freitag, den 29. April, wenn es um 17.00 Uhr ab Anleger Vorsetzen auf der Bille durch Hammerbrook geht, begleitet von Texten von SchriftstellerInnen, die den TeilnehmerInnen dieses 1943 untergegangene proletarische Hamburg näherbringen. Mehr unter www.seitenweise-hh-hamm.de.

Aber eigentlich soll es dieses Mal um einen ganz anderen Kulturtipp gehen, einen, der Interessierte gerade nicht raus ins Grüne oder in die urbanen Stadtlandschaften lockt, sondern am heimischen PC hält. Anlass ist die Freischaltung der Datenbank »Die Dabeigewesenen«. Ein etwas umständlicher Titel, der sich um den Begriff »Täter« herumdrückt. Vielleicht, weil die verantwortliche Landeszentrale für politische Bildung rechtliche Auseinandersetzungen scheut? Jedenfalls besteht seit dem 18. Februar die Möglichkeit, die Biografien von Hamburger »NS-Täter/innen, Mitläufer/innen, Denunziant/innen, Profiteur/innen, Karrierist/innen« näher zu studieren.

»Nazis im Netz« titelte die »Welt am Sonntag« am 21. Februar zutreffend, und tatsächlich tauchen einige überraschende Namen und interessante Details auf. Wer www.hamburg.de/ns-dabeigewesene anklickt, kann per Suchfunktion z.B. Daten zu bestimmten Personen, Straßen und Stadtteilen ermitteln. Oder Erstaunliches über die Schauspielerin Heidi Kabel und den Architekten Fritz Höger lesen. Etwa 350 Biografien

befinden sich in der Datenbank bereits, und es kommen permanent neue hinzu. Interessant ist die Auswahl auch, weil es in so manchem Quartier Anlass geben könnte, mehr oder weniger prominente Straßennamen zu hinterfragen. Auf einer Veranstaltung der Landeszentrale am Montag, den 4. April, um 18.00 Uhr im Gästehaus der Universität Hamburg (Rothenbaumchaussee 34), referiert die Sozial- und Medienwissenschaftlerin Dr. Brigitta Huhnke über »NS-belastete Straßennamen in Hamburg: Der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit«.

Und wo wir schon dabei sind, können wir auch noch andere interessante Datenbanken empfehlen. Beispielsweise den Online-Atlas zu den Bücherverbrennungen der Nazis 1933 (im Hamburger Raum in Eimsbüttel, St. Georg, Hohehohe, Lohbrügge und Bergedorf) unter <https://verbrannte-orte.de>.

Wer sich mit den Biografien von Hamburger Opfern des NS-Regimes beschäftigen möchte, sollte anklicken: www.stolpersteine-hamburg.de/?MAIN_ID=7. Fast 5.000 verlegte Stolpersteine, sortiert nach Straßen und Stadtteilen, sind hier inzwischen erfasst, ein beeindruckendes Kompendium der Verfolgung und auch des antifaschistischen Widerstandes.

Und zuguterletzt sei auch noch diese Adresse genannt: www.geschichtomat.de/. Für dieses deutschlandweit einmalige Projekt haben SchülerInnen Daten, Orte und Bilder zum jüdischen Hamburg damals und heute zusammengetragen und in digitaler Form aufbereitet. Eine alternative Stadterkundung am Bildschirm. Es geht aber natürlich auch anders. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt wären.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.